

OnePager

Eidgenössische Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren und reissen ein immer grösseres Loch ins Haushaltsbudget der Schweizer Bevölkerung. Sie sind jedoch nur ein Spiegelbild der steigenden Kosten im Gesundheitswesen, deshalb braucht es eine Kostenbremse im Gesundheitswesen. Sie verpflichtet alle Akteure – wie Ärztinnen und Ärzte, Spitäler, Krankenkassen, Pharmaindustrie und Kantone – sich auf Massnahmen zur Kostensenkung zu einigen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zu den Löhnen zu stark steigen.

Die Kostenbremse-Initiative wurde am 10. März 2020 von der CVP (heute: Die Mitte) mit 103'761 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative will den Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Krankenversicherern und weiteren Leistungserbringern mit einer Ergänzung des Artikels 117 der Bundesverfassung verpflichten, eine Kostenbremse im Gesundheitswesen einzuführen.

Politische Ausgangslage

Dank dem Druck der Kostenbremse-Initiative mussten Bundesrat und Parlament Farbe bekennen. Beide sind der Ansicht, dass es klar Handlungsbedarf in Bezug auf die Entwicklung der Gesundheitskosten gibt, und haben der Kostenbremse-Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser sieht richtigerweise die Einführung von Kosten- und Qualitätszielen für das Gesundheitswesen vor. Allerdings fehlt die Verbindlichkeit zur Umsetzung von kostensenkenden Massnahmen, falls diese Ziele nicht erreicht werden. Aus Sicht des Initiativkomitees ist der indirekte Gegenvorschlag deshalb zu wenig verbindlich. Aus diesem Grund hält das Initiativkomitee an der Volksinitiative fest.

Wie funktioniert die Kostenbremse?

Die Kostenbremse funktioniert wie die bewährte Schuldenbremse des Bundes. Steigen die Gesundheitskosten jährlich 20 Prozent stärker als die Löhne, muss der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gesundheitsakteuren Massnahmen zur Kostensenkung ergreifen. Zwischen 2010 und 2020 sind die Gesundheitskosten im obligatorischen Bereich durchschnittlich um 3 Prozent pro Jahr gestiegen, während die Löhne sich nur um 0.7 Prozent erhöht haben. Die Kosten sind also 400 Prozent stärker gestiegen als die Löhne und betragen heute in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung fast 38 Milliarden Franken pro Jahr. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird das Gesundheitswesen bald unbezahlbar.

Was sind die konkreten Massnahmen?

Laut eines [Expertenberichts des Bundes](#) könnten bereits heute 20 Prozent der Kosten oder 6 Milliarden Franken eingespart werden, dies beispielsweise mit ambulanten Spitaleingriffen, mit Generika oder dem elektronischen Patientendossier. Mit der Kostenbremse-Initiative müssen endlich alle Akteure ihre Verantwortung für die Kostenentwicklung übernehmen.

Disziplinierende Wirkung ohne Rationierungen oder Leistungsabbau

Das heutige System ist voller Fehlanreize. Denn das Gesundheitswesen ist der einzige staatlich regulierte Markt, wo die Akteure selbst den Preis festlegen und frei bestimmen, wie viele Leistungen sie in Rechnung stellen. Die Volksinitiative fordert weder eine Rationierung noch ein Abbau von Leistungen. Die Initiative will, dass alle Gesundheitsakteure endlich ihre Verantwortung für die Kostenentwicklung übernehmen und der interne Verteilungskampf zulasten der Prämienzahlenden aufhört. Es muss heute möglich sein, der Bevölkerung eine gute, bezahlbare und für alle zugängliche medizinische Versorgung zu bieten.